

## **Symbolik im Lutherjahr: Kritiker formulieren 10 Thesen gegen Windkraft**

**Simmern. Als symbolischen Akt im Lutherjahr und in Anlehnung an die 95 Thesen, die Luther 1517 an die Tür der Schlosskirche von Wittenberg nagelte, klebten Wolfgang Piroth und Uwe Anhäuser vom Bündnis Energiewende für Mensch und Natur, jetzt 10 Thesen zur Energiepolitik in den Eingangsbereich der Simmerner Kreisverwaltung.**

Wie einst Luther, der sich zum Ziel gesetzt hatte, Fehlentwicklungen innerhalb der Kirche zu korrigieren, verweisen die Gegenwind-Aktivisten mit ihrem Thesenanschlag auf die Kernpunkte einer aus ihrer Sicht verfehlten Energiepolitik. Wie einst die Kirchenväter im Dienste der Wahrheit zum Disput animiert werden sollten, fordern die Windkraftkritiker alle Vertreter des Bundestages und der Landtage auf, ihre zehn Thesen zur Energiewende unverzüglich zu diskutieren. Eine Energiewende sollte nicht auf Grund einer politisch verordneten Ideologie, sondern auf der Basis von Wissen und Fakten betrieben werden, lautet ihr Credo. 56 Bürgerinitiativen sind in Rheinland-Pfalz und dem Saarland Mitglied des Bündnisses. Deutschlandweit gehören rund 650 dazu. Hier die Thesen im Wortlaut:

- „1. Eine ökologische Energieversorgung kann nur dann ökonomisch sinnvoll funktionieren, wenn sie auf physikalischen Grundsätzen beruht und nicht auf einer politisch verordneten Ideologie.
2. Eine Energiewende mit Windkraft- und Fotovoltaikanlagen ist ohne Speicher nicht realisierbar und mit Speicher nicht bezahlbar. Windkraft- und Fotovoltaikanlagen ersetzen also keine konventionellen Kraftwerke.
3. Der Ressourcenverbrauch für die Errichtung von Windkraft- und Fotovoltaikanlagen sowie für den Ausbau der Netze ist gigantisch. Windräder haben eine durchschnittliche Lebensdauer von 20 Jahren. Die Rotorblätter sind Sondermüll. Die Entsorgung Tausender von Windrädern wird mittelfristig zum gravierenden Umweltproblem. Die derzeitige Form der Energiegewinnung aus Sonne und Wind ist also nicht nachhaltig.
4. Strom muss für alle bezahlbar sein – auch für die Ärmsten in unserer Gesellschaft. Das wird nur gelingen, wenn die garantierte Vergütung, die auch für nicht eingespeisten Strom an die Betreiber von Windkraftanlagen zu zahlen ist, abgeschafft wird.
5. Privilegien der Windindustrie sorgen für Wettbewerbsverzerrung und soziale Ungerechtigkeit. Sie gehören abgeschafft. Die Subventionierung einer einzelnen Technologie hemmt technische Innovation.
6. Der forcierte Zubau von wetterbedingt unzuverlässigen Windkraftanlagen verursacht Probleme im Stromnetz. Es gerät außer Kontrolle. Die Gefahr eines Blackouts wächst. Grundlastfähiger Strom aus den konventionellen Kraftwerken unserer Nachbarländer muss zur Sicherung unseres Stromnetzes vorgehalten werden.

7. Windkraftanlagen töten Vögel und Fledermäuse. Sie gefährden den Bestand einzelner Arten. Das im Naturschutzgesetz festgelegte Tötungsverbot muss auch im Bereich der Windenergie gelten.

8. Der Wald als einzigartiges Ökosystem und Lebensgrundlage für alle Geschöpfe der Erde und die Landschaft als nicht erneuerbares Kulturgut sind Schutzgüter von höchster Priorität. Weder Wald noch Landschaft dürfen durch Windkraftanlagen industriell überprägt werden. Mensch und Tier verlieren Rückzugs- und Erholungsräume.

9. Windkraftanlagen führen zu Gesundheitsstörungen bei vielen direkten Anwohnern. Die Schallemissionen von Windkraftanlagen verursachen nachweislich Schlafstörungen und bei Langzeitexposition weitere schwerwiegende Beeinträchtigungen der Gesundheit. Das Grundrecht auf Unversehrtheit darf nicht durch eine verfehlte Energiepolitik ausgehebelt werden.

10. Der Beitrag der Windkraft zur gesamten Energieversorgung ist minimal. Er beträgt nur 2 bis 3 Prozent. Angesichts der existenziellen Bedrohung für Mensch und Natur, der aktuellen Kosten von jährlich 25 Milliarden Euro sowie der enormen und bislang nicht kalkulierten Folgekosten kann von 'Daseinsvorsorge' keine Rede sein. Der Zubau von Windkraftanlagen ist kein geeignetes Instrument, um die propagierten Ziele zu erreichen.“

Vor diesem Hintergrund spricht das Bündnis von einer „Politik der Mythen und Ideologien“, die den Wohlstand heutiger und künftiger Generationen gefährden würde und nicht zur Begrenzung des Klimawandels beitrage.

Copyright © Rhein-Zeitung 2017. Texte und Fotos von Rhein-Zeitung.de sind urheberrechtlich geschützt. Weiterverwendung nur mit Genehmigung, siehe Impressum.